

Marginalisierung der Opposition: Parlamentswahlen und Einparteiendominanz in Tansania

Danny Schindler

Das ostafrikanische Tansania geriet in den vergangenen Monaten aufgrund der Wiederwahl eines corona-skeptischen Präsidenten und dessen überraschendem Tod ins Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit. Weitgehend unbeachtet geblieben sind dagegen die Wahlen zur Nationalversammlung vom Oktober 2020. Auch wenn das Präsidentenamt den institutionellen Mittelpunkt vieler afrikanischer Regierungssysteme darstellt, verdienen die Parlamente mehr Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Blickpunkt die Entwicklung der Wahlergebnisse bei tansanischen Parlamentswahlen seit 1995. Er geht insbesondere den Fragen nach, wodurch die Dominanz der Regierungspartei hervorgerufen wird und wie sie zu bewerten ist. Angesichts der kaum vorhandenen institutionalisierten Opposition ist von einer Schwächung des Parlaments insgesamt auszugehen. Mit einem Ende der Einparteiendominanz kann absehbar nicht gerechnet werden, da vielfältige Wettbewerbseinschränkungen auch unter der aktuellen Präsidentin fortbestehen.

Das Wichtigste in Kürze:

1. Als die am längsten regierende Partei Afrikas gewann die CCM (Chama Cha Mapinuzi, Partei der Revolution) im Oktober 2020 erneut deutlich die tansanischen Parlamentswahlen. Tansania taugt damit als Paradebeispiel für ein System der Einparteiendominanz, das auch im übrigen Afrika verbreitet ist.
2. Unter fairen Wettbewerbsbedingungen ist die dominante parlamentarische Stellung einer Partei ein normativ nicht zu beanstandender Normalfall demokratischer Politik. Anders fällt die Bewertung aus, wenn jene Dominanz mit Mitteln der Repression (Drangsalierung der Opposition etc.) zustande kommt. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 2020 wies das Spielfeld politischen Wettbewerbs ein besonders deutliches Gefälle zugunsten der Regierungspartei auf.
3. Aus dem Wahlergebnis resultierte bei einem CCM-Sitzanteil von 93 Prozent faktisch ein Einparteiparlament. Auch angesichts der Machtfülle des Präsidentenamtes geht diese Entwicklung zu Lasten der Nationalversammlung insgesamt. Die nur schwach vorhandene Form institutionalisierter Opposition schränkt vor allem die verlässliche Erfüllung der parlamentarischen Kontrollfunktion ein.
4. Unter Samia Suluhu Hassan, der Nachfolgerin des im März 2021 überraschend verstorbenen Präsidenten John Magufuli, sind Anzeichen für einen Wandel in inhaltlichen Fragen sowie eine versöhnlichere Rhetorik gegenüber dem politischen Gegner zu erkennen. Ob es zu nachhaltigen Veränderungen kommt, ist aber fraglich, denn die Handlungsspielräume der Oppositionsparteien sind gering, während die institutionellen Rahmenbedingungen für die bisherige Einparteiendominanz bestehen bleiben.

Dreimal geriet das politische System Tansanias in den letzten beiden Jahren verstärkt ins Blickfeld der überregionalen Öffentlichkeit. Erstens fiel der seit 2015 amtierende Präsident John Magufuli dadurch auf, dass er auf die Corona-Pandemie mit Spott reagierte, seit Mai 2020 keine Fallzahlen mehr veröffentlichte und sein Land kurze Zeit später trotz gegenteiliger Anzeichen für corona-frei erklärte.¹ Einen zweiten Anlass boten die Präsidentschaftswahlen vom 28. Oktober 2020, wobei vor allem der aussichtsreichste Oppositionskandidat Tundu Lissu im Fokus stand: Als Hoffnungsträger seiner Partei CHADEMA (Chama cha Demokrasia na Mændeleo, Partei für Demokratie und Fortschritt) kehrte dieser vor der Wahl aus dem belgischen Exil zurück, in das er sich nach einem politisch motivierten Mordanschlag im September 2017, den er wie durch ein Wunder überlebte, begeben hatte. Nach der verlorenen Wahl (84 Prozent stimmten für Amtsinhaber Magufuli), staatlicher Drangsalierung und anonymen Morddrohungen floh er, unter Mithilfe des Auswärtigen Amtes, im November 2020

¹ Anne Backhaus, Tansania versteckt seine Corona-Toten, Spiegel online vom 13. Juni 2020, <https://www.spiegel.de/ausland/tansania-versteckt-seine-corona-toten-a-1f03c58c-33e3-4189-9f79-f5dc936c7159>.

erneut nach Europa.² Ein weiteres Mal gelangte Tansania in den Lichtkegel der Öffentlichkeit, als der wiedergewählte Magufuli im März 2021 überraschend verstarb (offiziell an Herzversagen, nach verbreiteter Ansicht im Zusammenhang mit Covid-19). Berichtenswert war dabei auch, dass verfassungsgemäß mit seiner bisherigen Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan zum ersten Mal eine Frau an die Spitze des Staates rückte, der zudem ein Kurswechsel in der Corona-Politik zugetraut wurde.³

Das ebenfalls am 28. Oktober 2020 neu gewählte Parlament stand (und steht) hingegen nicht sonderlich hoch im Kurs medialer Aufmerksamkeit. Das mag daran liegen, dass exekutive Akteure als Einzelpersonen leichter in den öffentlichen Fokus geraten als die komplexe Institution Parlament. Dies ist aber zu bedauern, denn die Teilhabe einer Gesellschaft an der staatlichen Willensbildung wird nahezu überall – unter den je eigenen Rahmenbedingungen und Erfahrungen – über Parlamente und deren Bestellung in Wahlen organisiert. Vor diesem Hintergrund beleuchtet dieser Blickpunkt die Entwicklung der Wahlergebnisse seit den ersten kompetitiven Parlamentswahlen 1995. Konkret geht er den Fragen nach, wodurch die parlamentarische Einparteiendominanz der CCM (Chama Cha Mapinduzi), auf Deutsch: Partei der Revolution, hervorgerufen wird und wie sie zu bewerten ist. Zudem blickt er auf die jüngsten politischen Veränderungen unter Samia Suluhu Hassan.

Grundlegendes zum politischen System sowie zum tansanischen Parlament⁴

Das Festland Tansanias erlangte im Zuge der Dekolonialisierungswelle zu Beginn der 1960er Jahre seine Unabhängigkeit von Großbritannien.⁵ Federführend war dabei die Tanganyika African National Union (TANU) unter Julius Nyerere, der 1962 auch der erste Staatspräsident wurde. 1964 erfolgte die Vereinigung des Festlands mit Sansibar zur Vereinigten Republik Tansania.⁶ 1965 wurde das für das Festland faktisch bestehende Einparteiensystem auch formal festgeschrieben. Die ab diesem Zeitpunkt alle fünf Jahre abgehaltenen Parlamentswahlen ließen für die Bevölkerung Auswahlmöglichkeiten zwischen zwei Kandidierenden der Regierungspartei zu, die aber die zentrale Rolle der Staats- und Parteiführung nicht antasteten und vor allem der Legitimation nach innen und außen dienten.⁷ 1977 vereinigten sich TANU und die sansibarische Afro-Shirazi Party zur CCM, die bis heute die Geschicke des Landes lenkt.

Bekannt wurde Nyerere vor allem durch das von ihm gepriesene sozialistische Entwicklungsmodell (Ujamaa), das auf eine klassenlose Gesellschaft ohne externe Hilfe abzielte.⁸ Spätestens in den 1980er Jahren war es aber wirtschaftspolitisch nicht mehr tragfähig, was dazu beitrug, dass Nyerere als einer der ersten afrikanischen Präsidenten freiwillig sein Amt zur Verfügung stellte.

² Vgl. Christian Meier, Aus dem Land gejagt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. November 2020, S. 8.

³ Samia Suluhu Hassan als neue Präsidentin vereidigt, Die Zeit online vom 19. März 2021, https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-03/tansania-samia-suluhu-hassan-praesidentin-vereidigung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F.

⁴ Vgl. zum Folgenden und als einführender Überblick etwa: Rolf Hofmeier / Kurt Hirschler, Tansania, in: Wolfgang Gieler (Hrsg.): Staatenlexikon Afrika, Frankfurt a.M. 2016, S. 613 – 632.

⁵ Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Festland auch vom Deutschen Reich als Besitz beansprucht, bevor es nach dem 1. Weltkrieg als Mandatsgebiet des Völkerbundes Großbritannien übertragen wurde.

⁶ Auf Sansibar, das einen semi-autonomen Status mit eigener Regierung und eigenem Parlament besitzt, wird im Folgenden nicht näher eingegangen.

⁷ Vgl. William Tordoff, Residual legislatures: The cases of Tanzania and Zambia, in: Journal of Commonwealth & Comparative Politics, 15. Jg. (1977), H. 3, S. 235 – 249.

⁸ Auch heute ist Tansania laut Art. 3 I der Verfassung (die aus dem Jahre 1977 stammt, seither aber einige Male geändert wurde) ein sozialistischer Staat.

Ihm ist zudem zugute zu halten, dass er einen im innerafrikanischen Vergleich beispiellos stabilen Staat schuf, der die weit mehr als 100 ethnischen Gruppen unter anderem über eine gemeinsame Sprache (Swahili) zu integrieren wusste – eine Errungenschaft, die auch heute in Form einer weitgehenden Abwesenheit ethnisch verankerter Parteien weiterwirkt.⁹

Im Rahmen der politischen Liberalisierung Tansanias wurde 1992 ein Mehrparteiensystem zugelassen. Als prägend muss angesehen werden, dass es sich um eine „Demokratisierung von oben“ handelte, der Reformprozess also von der Regierungspartei gesteuert und nicht von zivilgesellschaftlichen bzw. oppositionellen Bewegungen herbeigeführt wurde.¹⁰ Dadurch wurde die bis dahin vorherrschende Machtkonzentration im Präsidentenamts nicht substantiell angetastet – zum eigenen langfristigen Vorteil. Die ersten Wahlen mit Parteienkonkurrenz fanden 1995 statt.

Politikwissenschaftlich wird Tansania als semi-präsidentielles System oder als parlamentarisches Regierungssystem mit Präsidialhegemonie eingeordnet.¹¹ Der Präsident wird für fünf Jahre direkt vom Volk gewählt (mit der Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl)¹² und verfügt über erhebliche Kompetenzen bei der Regierungsbildung sowie im politischen Prozess allgemein. Er ernennt die Fach- sowie den Premierminister, die allesamt über ein Mandat im Einkammerparlament (Nationalversammlung) verfügen müssen. Der Premier ist zugleich direkt vom Vertrauen der Nationalversammlung abhängig, die ihn bestätigen muss und über ein Misstrauensvotum absetzen kann. Der verfassungsrechtliche Wortlaut stellt allerdings klar, dass er dem Präsidenten verantwortlich ist.¹³

Das Staatsoberhaupt steht nicht nur dem Regierungskabinetts vor. Es kann auch das Parlament auflösen, wenn dieses nicht den von der Regierung vorgelegten Haushalt billigt oder ein anderes als wichtig erachtetes Gesetzesvorhaben beschließt. In der Gesetzgebung verfügt der Präsident über ein Vetorecht.¹⁴ Hinzu kommen weitreichende präsidientielle Ernennungsbefugnisse: Sie umfassen etwa die Mitglieder der Nationalen Wahlkommission, einzelne Abgeordnete (siehe unten), die höchsten Richter des Landes (High Court, Court of Appeal), den Parlamentsdirektor (Clerk) sowie die Verwaltungsleiter auf Wahlkreisebene (District Commissioners).

Aus der Machtfülle des Präsidentenamtes, das auch in der öffentlichen Wahrnehmung den institutionellen Mittelpunkt des tansanischen Regierungssystems darstellt, resultiert eine relativ schwache Stellung des Parlaments. Als zweite vom Volk gewählte und vielfach entscheidungsbeteiligte Institution ist die Nationalversammlung gleichwohl ein nicht zu vernachlässigender Akteur im politischen Prozess. Ihre dem Gewaltenteilungsprinzip entspringende Kontrollfunktion ist auch verfassungsrechtlich festgehalten und in Form von parlamentarischen Fragerechten gegenüber den Ministerien konstitutionell konkretisiert (Art. 63). Nicht zuletzt hat die Nationalversamm-

⁹ Vgl. Nic Cheeseman, *Democracy in Africa. Successes, failures, and the struggle for political reform*, Cambridge 2015, S. 205. Vgl. für das hohe Potential (politisch relevanter) ethnischer Fraktionalisierung Daniel N. Posner, *Measuring Ethnic Fractionalization in Africa*, in: *American Journal of Political Science*, 48. Jg. (2004), H. 4, S. 849 – 863.

¹⁰ Goran Hyden, *Top-Down Democratization in Tanzania*, in: *Journal of Democracy*, 10. Jg. (1999), H. 4, S. 142 – 155.

¹¹ Vgl. Maurice Duverger, *A New Political-System Model: Semi-Presidential Government*, in: *European Journal of Political Research*, 8. Jg. (1980), H. 2, S. 165 – 187; Winfried Steffani, *Parlamentarische und präsidientielle Demokratie*, Opladen 1979, S. 43.

¹² Zu erwähnen ist hier, dass die in einigen afrikanischen Staaten virulente Frage der Umgehung oder Abschaffung verfassungsrechtlicher Amtszeitbegrenzungen (vgl. Denis M. Tull / Claudia Simons, *The Institutionalisation of Power Revisited: Presidential Term Limits in Africa*, in: *Africa Spectrum*, 52. Jg. (2017), H. 2, S. 79 – 102) in Tansania nie eine Rolle spielte.

¹³ Ausschlaggebend für die Einordnung als parlamentarisches Regierungssystem (mit Präsidialhegemonie) ist mit Winfried Steffani (a.a.O.), Fn. 11, dass der Premierminister vom Parlament abberufen werden kann. Politische Handlungsfähigkeit setzt demnach das fortwährende Vertrauen der Parlamentsmehrheit voraus.

¹⁴ Ein präsidientielles Veto kann zwar mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit überstimmt werden; der Präsident kann in diesem Fall aber ebenfalls das Parlament auflösen und dadurch Neuwahlen (für Parlament und Präsidentenamts) herbeiführen.

lung in einer Längsschnittperspektive an institutioneller Stärke gewonnen, wie dies im Übrigen für etliche parlamentarische Vertretungen in Afrika gilt.¹⁵ Während sie beispielsweise seit 1992 über die Möglichkeit eines parlamentarischen Misstrauensvotums verfügt, wurden seitdem die Kontrollrechte der Ausschüsse erheblich erweitert.¹⁶ In Rechnung zu stellen ist dabei auch, dass primär der Regierungskontrolle dienende Ausschüsse nach parlamentarischem Brauch von Oppositionsabgeordneten geleitet werden.¹⁷ Trotz einer machtpolitischen Schiefelage gegenüber dem Präsidentenamt spielt die tansanische Nationalversammlung, die zeitgleich mit dem Staatsoberhaupt für fünf Jahre gewählt wird, insgesamt also eine beachtenswerte Rolle.

Nach einigen Vergrößerungen der Sitzanzahl besteht sie aktuell aus 393 Abgeordneten, die ihr Mandat auf unterschiedliche Weise erlangen:

- Der Großteil der Parlamentarier wird in den aktuell 264 (Einpersonen-)Wahlkreisen direkt gewählt (Mehrheitswahl).
- Die zweitgrößte Gruppe besteht aus 113 Frauen, die auf Basis der proportionalen Stimmenverteilung von jenen Parteien benannt werden, die landesweit mindestens fünf Prozent der Stimmen erhalten haben.
- Hinzu kommen fünf Personen, die vom sansibarischen (Regional-)Parlament aus den eigenen Reihen gewählt werden.
- Bis zu zehn Abgeordnete werden vom Präsidenten ernannt.
- Der ebenfalls vom Staatsoberhaupt ernannte Generalstaatsanwalt gehört dem Parlament von Amts wegen an.¹⁸

Das Ergebnis der Parlamentswahl 2020: Erdrutschsieg für die Regierungspartei

Die Parlamentswahl im Oktober 2020 brachte der CCM eine überwältigende Mehrheit ein (siehe Tabelle).¹⁹ Sie gewann nahezu alle Wahlkreise (256 von 264) und zudem den Großteil der proportional gemäß dem Wahlergebnis verteilten Sitze für Frauen (94 von 113). Damit stellt sie 350 der 377 volksgewählten Abgeordneten. Zum Vergleich: Fünf Jahre zuvor waren es mit 253 fast 100 weniger.

Auf Wahlkreisebene gingen vier Mandate an ACT-Wazalendo (Alliance for Change and Transparency, Chama cha Wazalendo), drei an CUF (Civic United Front, Chama Cha Wananchi) sowie eines an die bislang größte Oppositionspartei CHADEMA. Letztere konnte 2015 noch 34 Wahlkreismandate erringen. Aufgrund des Wähleranteils kamen CHADEMA zudem 19 Sitze für Frauen zu (2015: 36). Die sich daraus ergebende Gesamtzahl von 20 Abgeordneten macht nur etwas mehr als ein Viertel der Mandate der letzten Wahlperiode aus. Zu erwähnen ist auch, dass sich die Partei aus Protest über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl weigerte, die Namen der ge-

¹⁵ Vgl. Joel D. Barkan, Emerging legislatures, in: Nic Cheeseman / David M. Anderson / Andrea Scheibler (Hrsg.): Routledge Handbook of African Politics, London 2013, S. 252 – 264.

¹⁶ Vgl. Willibrod Slaa, Changing the standing orders of parliament in Tanzania, in: Rick Stapenhurst et al. (Hrsg.): African Parliamentary Reform, New York 2011, S. 83 – 93. Deutlich wird die gestiegene Kontrollintensität etwa daran, dass Premierminister Edward Lowassa in der Folge eines parlamentarischen Berichts um Korruption bei der Tanzania Electric Supply Company (TANESCO) 2008 zurücktreten musste. Vgl. Jonas Ewald, Challenges for the Democratisation Process in Tanzania. Moving Towards Consolidation Years After Independence? Göteborg 2011, S. 151.

¹⁷ Jonas Ewald, a.a.O. (Fn. 16), S. 146.

¹⁸ Ein zusätzliches Parlamentsmitglied findet sich gegebenenfalls im Parlamentspräsidenten (Speaker), falls die Nationalversammlung keine Person aus den eigenen Reihen in dieses Amt wählt.

¹⁹ Die Zahlen entstammen der Homepage des tansanischen Parlaments (<https://www.parliament.go.tz/>) sowie der Inter-Parliamentary Union: https://data.ipu.org/node/184/elections?chamber_id=13508. Zu beachten ist, dass die Ernennung einzelner Parlamentarier durch den Präsidenten teilweise erst später stattfand. Bis März 2021 wurden lediglich fünf von zehn möglichen Abgeordneten ernannt; aktuell sind es neun.

wählten Frauen bei der Nationalen Wahlkommission einzureichen bzw. zu bestätigen. Daraufhin benannte der Parlamentspräsident eigenhändig von einer ihm vorliegenden Parteiliste Frauen, die die Parlamentssitze auch annahmen.²⁰

Hinzukommen fünf CCM-Abgeordnete aus dem sansibarischen Parlament (auch hier hält die CCM eine erdrückende Mehrheit), der Generalstaatsanwalt (ein CCM-Mitglied) sowie neun weitere vom Präsidenten ernannte Parlamentsmitglieder, die ebenfalls der CCM angehören. Dies erhöht den Parlamentarieranteil der Regierungspartei auf 93 Prozent (365 von 392 Sitze).

Sitzverteilung nach der Parlamentswahl 2020* (in Klammern Verteilung 2015**)

	CCM	CHADEMA	ACT	CUF	Gesamt
Wahlkreise (Mehrheitswahl)	256 (189)	1 (34)	4 (1)	3 (32)	264
Frauenplätze (Proportionalwahl)	94 (64)	19 (36)		(10)	113
vom sansibarischen Parlament gewählt	5				5
Generalstaatsanwalt (ex officio)	1				1
vom Staatsoberhaupt ernannt	9				9
Summe	365	20	4	3	392

* Stand: August 2021.

** Die Angaben für 2015 beziehen sich nur auf die Mehrheits- und Proportionalwahlergebnisse. Sie betreffen 366 Mandate, die im Dezember 2015 feststanden, als drei Wahlkreismandate und sieben Listenmandate für Frauen noch nicht vergeben waren. Von diesen zehn Mandaten wurden später neun an die CCM verteilt und eines an CHADEMA (der Mandatstyp konnte nicht recherchiert werden). 2015 erlangte auch die Partei NCCR-Mageuzi (National Convention for Construction and Reform) ein Wahlkreismandat (nicht ausgewiesen).
Eigene Zusammenstellung auf Basis der Daten der Inter-Parliamentary Union sowie den Angaben der Parlamentshomepage (siehe Fußnote 19).

Parlamentspräsident wurde nach der Wahl Job Ndugai (CCM), der dieses Amt seit 2015 innehat. Der Frauenanteil liegt sowohl unter den volksgewählten als auch mit Blick auf alle Abgeordneten bei 37 Prozent. Dies entspricht dem Anteil, der 2010 erreicht wurde (36 Prozent), und stellt im innerafrikanischen Vergleich einen recht hohen Wert dar.²¹

Das dominante Parteiensystem Tansanias in vergleichender Perspektive

Das Gefüge der Parteien in einem politischen System lässt sich anhand verschiedener Merkmale klassifizieren.²² Mit Blick auf die Anzahl der Parteien und ihre Größenverhältnisse kann Tansania dabei als ein System der Einparteiendominanz eingestuft werden. Dieses ist zunächst von Einparteiensystemen zu unterscheiden, in denen formal (Tansania bis 1992) oder faktisch (DDR

²⁰ Nach einzelnen Berichten wurden jene Parlamentarierinnen daraufhin aus der Partei ausgeschlossen. Vgl. Dan Paget, *The Authoritarian Landslide*, in: *Journal of Democracy*, 32. Jg. (2021), H. 2, S. 61 – 76, S. 74. Ihr rechtlicher Status wäre insofern aber zweifelhaft, denn laut Verfassung verlieren Abgeordnete, die nicht mehr Mitglied der Partei sind, für die sie gewählt wurden, ihr Mandat (Art. 71 I e). Allerdings ist das Verfahren der innerparteilichen Nominierung und Einreichung der Frauenliste bei der Nationalen Wahlbehörde nicht genau spezifiziert, wie dies Art. 81 der Verfassung eigentlich vorsieht. Vgl. Victoria Lihiru, *NEC could have averted the Chadema Special Seats saga*, *The Citizen online* vom 27. April 2021, <https://www.thecitizen.co.tz/tanzania/oped/nec-could-have-averted-the-chadema-special-seats-saga-3378652>.

²¹ Vgl. Nic Cheeseman, a.a.O. (Fn. 9), S. 196.

²² Vgl. für Parteiensysteme in Afrika Alexander Stroh, *Parties and party systems*, in: Gabrielle Lynch / Peter VonDoepp (Hrsg.): *Routledge Handbook of Democratization in Africa*, New York 2020, S. 232 – 245.

bis 1989) nur eine (Einheits-)Partei existiert, so dass ein Wettbewerbscharakter zwischen Parteien fehlt. Im Gegensatz dazu sind die Interaktionsmuster in einem dominanten Parteiensystem grundsätzlich durch Wettbewerb gekennzeichnet; eine Kraft dominiert allerdings die politische Landschaft. Kernkriterien verschiedener politikwissenschaftlicher Definitionen sind insofern das Erreichen einer bestimmten Mehrheitsgröße und deren Beständigkeit.²³ Den Überlegungen Giovanni Sartoris folgend, müssen zum Beispiel mindestens 50 Prozent der Parlamentssitze in mindestens drei aufeinanderfolgenden Wahlen gewonnen werden.²⁴

Diese Merkmale erfüllen neben Tansania einige weitere afrikanische Länder, wie die exemplarische Auswahl in der folgenden Abbildung zeigt. In den meisten Fällen werden auch die von einzelnen Autoren verwendeten höheren Schwellenwerte für den Sitzanteil von 60 Prozent²⁵ oder zwei Dritteln²⁶ erreicht. Ein genereller Trend ist dabei nicht erkennbar. In drei der sechs Länder ist der Anteil an Parlamentssitzen für die dominierende Regierungspartei bei den letzten Wahlen leicht zurückgegangen (Angola, Namibia, Südafrika). In den übrigen stieg er hingegen an (Botswana, Mosambik, Tansania).²⁷ Tansania fällt im Vergleich der Länder allerdings durch drei Besonderheiten auf: Die CCM stellte am häufigsten, nämlich gleich viermal, Sitzmehrheiten von mehr als 80 Prozent. Tansania ist aber auch das einzige Land, in dem die Zustimmung zur Regierungspartei zunächst zweimal abnahm, bevor ein deutlicher Anstieg bei der letzten Wahl zu verzeichnen war. Außerdem ist der Sitzanteil der parlamentarischen Opposition aktuell nur in Tansania marginal.

Übereinstimmend mit quantitativen Erhebungen²⁸ illustriert auch die Länderauswahl, dass kein eindeutiger Zusammenhang von Parteiendominanz und Demokratieniveau existiert: Botswana, Namibia und Südafrika können nach der (groben) Einordnung von Freedom House (2020) als langjährig „freie“ und Mosambik sowie Tansania als „teilweise freie“ Staaten gezählt werden, während Angola als „unfrei“ eingestuft wird.²⁹ Dringend zu unterscheiden, aber nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich, ist insofern, ob die dominante parlamentarische Stellung einer Partei unter fairen Wettbewerbsbedingungen zustande gekommen ist oder nicht.

23 In Systemen, in denen Exekutive und Parlament jeweils eigenständig vom Volk gewählt werden (wie in Tansania), ist auch die Dominanz ein und derselben Partei in beiden Gewalten relevant. Vgl. Matthijs Bogaards, *Counting parties and identifying dominant party systems in Africa*, in: *European Journal of Political Research*, 43. Jg. (2004), H. 2, S. 173 – 197.

24 Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Cambridge 1976. Auch wenn Sartoris typologische Unterscheidungen auf den empirischen Erfahrungen Westeuropas basieren (ebenda, S. 246), wird in der Politikwissenschaft ihre breite, auch nicht-demokratische Kontexte einschließende Anwendbarkeit betont. Vgl. Matthijs Bogaards, a.a.O. (Fn. 23), S. 174; Gero Erdmann / Matthias Basedau, *An Overview of African Party Systems*, in: Renske Doorenspleet / Lia Nijzink (Hrsg.): *One-party dominance in African democracies*, Boulder 2013, S. 25 – 48, S. 30. Zum umfassenden Analysekonzept Sartoris gehören weitere, hier vernachlässigte Differenzierungen, etwa zwischen stärker („structured“) und weniger („fluid“) konsolidierten Systemen.

25 Nicolas van de Walle / Kimberly Smiddy Butler, *Political parties and party systems in Africa's illiberal democracies*, in: *Cambridge Review of International Affairs*, 13. Jg. (1999), H. 1, S. 14 – 28.

26 Nic Cheeseman, a.a.O. (Fn. 9), S. 188.

27 Bei den Parteien handelt es sich im Einzelnen um: MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola), SWAPO (South-West Africa People's Organisation) in Namibia, ANC (African National Congress) in Südafrika, BDP (Botswana Democratic Party) und FRELIMO (Frente de Libertação de Moçambique).

28 Nach der Studie von Gero Erdmann / Matthias Basedau, a.a.O. (Fn. 24) finden sich fast 40 Prozent der Systeme der Parteiendominanz in Afrika in einem eher demokratischen Kontext. Vgl. auch Alexander Stroh, a.a.O. (Fn. 22), S. 234.

29 <https://freedomhouse.org/countries/freedom-world/scores>.

Abbildung: Parlamentarischer Sitzanteil ausgewählter afrikanischer Regierungsparteien (in %)



Eigene Zusammenstellung basierend auf: Matthijs Bogaards, a.a.O. (Fn. 23); Gero Erdmann / Matthias Basedau, a.a.O. (Fn. 24); Electoral Institute for Sustainable Democracy in Africa, <https://www.eisa.org/>; Inter-Parliamentary Union, <https://data.ipu.org/elections>; Webseiten der nationalen Wahlkommissionen. In Angola folgten nach 1992 aufgrund eines Bürgerkriegs erst 2008 Parlamentswahlen.

Insgesamt schreibt das letztjährige Wahlergebnis den Erfolg der CCM bei Parlamentswahlen also fort: Seit der Legalisierung des Mehrparteiensystems erlangte sie fortwährend mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze. Wie die Übersicht zeigt, ist Tansania damit kein Ausnahmefall. Auffällig ist aber, dass das bisher beste Resultat 2020 dem bislang schlechtesten folgte – und aktuell kaum mehr von einer numerisch ernstzunehmenden Opposition in der Nationalversammlung gesprochen werden kann.

Ursachen und Folgen der CCM-Dominanz

Da ein System der Parteiendominanz per se weder demokratisch noch undemokratisch ist, muss eine nähere Einschätzung vor allem an der Frage ansetzen, worin die Ursachen der elektoralen und damit parlamentarischen CCM-Dominanz liegen. Ist sie das Ergebnis fairer Parteienkonkurrenz oder verhindern unlautere bzw. repressive Methoden, dass die Machtposition der Regierungspartei gefährdet wird? Der folgenden Bewertung sei dabei auch vorangestellt, dass es allgemein wenig ergiebig ist, die Realtypen afrikanischer Regierungssysteme an westlichen bzw. europäischen Idealtypen zu messen – vor allem wenn man hiesige „Abweichungen“ ignoriert (das Parteiensystem Italiens ist beispielsweise weniger institutionalisiert als jenes in Tansania)³⁰ oder verkennt, dass so genannte etablierte Demokratien nicht vor der Aushöhlung „demokratischer“ Normen gefeit sind (die Entwicklungen um die Unabhängigkeit der polnischen Justiz legen hiervon ein beredtes Zeugnis ab).³¹

Zu den Ursachen des elektoralen Übergewichts der tansanischen Regierungspartei müssen zum einen historische Hinterlassenschaften gezählt werden. Wie auch ihre Pendanten in einigen anderen Ländern (etwa Südafrika, Namibia, Mosambik) profitiert die CCM vom Narrativ der Befreiungsbewegung, die die Unabhängigkeit von kolonialen Besatzern erreichte und als Partei der nationalen Einheit lange Zeit als einziger legitimer Repräsentant des Volkes fungierte. Auch die

³⁰ Vgl. Matthias Basedau, Rethinking African Studies: Four Challenges and the Case for Comparative African Studies, in: Africa Spectrum, 55. Jg. (2020), H. 2, S. 194 – 206, S. 198.

³¹ In Rechnung zu stellen ist bei jeder Bewertung überdies die vergleichsweise kurze Entwicklungszeit nach der staatlichen Unabhängigkeit vieler afrikanischer Staaten bzw. dem Beginn der weltpolitischen Umbrüche Anfang der 1990er Jahre. Zuvor waren Elemente der europäischen Herrschaftssysteme, die hier über Jahrhunderte erprobt wurden, zügig in die dafür zunächst einmal politisch-kulturell nicht vorbereiteten, weil anders strukturieren und eigenen Entwicklungspfadern folgenden Kolonialgebiete exportiert worden.

aus der Integration verschiedener Sprachgruppen resultierende Stabilität Tansanias ist in diesem Zusammenhang als anerkannte Leistung des Gründungspräsidenten Nyerere zu nennen. Zudem trugen die während der Zeit des Einparteiensystems aufgebauten flächendeckenden Strukturen (mit Unterorganisationen für Frauen, Arbeiter, Jugend etc.) dazu bei, die eigene Macht in den kompetitiven Wahlen seit 1995 konsolidieren zu können.³² Gliederungen selbst auf kleinteiliger lokaler Ebene bedeuten gerade in ländlichen Wahlkreisen erhebliche Mobilisierungsvorteile.³³ Die Oppositionsparteien stehen demgegenüber organisatorisch deutlich schwächer da. Im Besonderen CHADEMA hat seit 2003 allerdings erhebliche Anstrengungen zum Ausbau landesweiter Strukturen unternommen, so dass die Partei – mit Einschränkungen auch die CUF – als vergleichsweise institutionalisiert gelten kann³⁴ und der in Afrika häufig zutreffende Vorwurf mangelnder Organisation und Stabilität nicht trägt.

Blickpunkt | IParl

Nr. 5 | September 2021

Ein zweites Faktorenbündel ist in der Performanz Magufulis zu sehen. Seit seiner Amtsübernahme als Präsident und Parteivorsitzender stand er im Ruf, kompromisslos gegen die unter seinem Vorgänger Jakaya Kikwete (2005 – 2015) blühende Korruption vorzugehen und Probleme durch seine zupackende Herangehensweise rasch zu lösen (auch deswegen kam ihm der Spitzname „Bulldozer“ zu). Er kürzte aus seiner Sicht „unnötige“ staatliche Ausgaben (etwa für Auslandsreisen von Staatsbediensteten) und erreichte infrastrukturelle Verbesserungen.³⁵

Drittens profitiert die CCM fraglos von der – im Rahmen der gelenkten „Demokratisierung von oben“ aufrecht erhaltenen – Machtkonzentration im Präsidentenamts.³⁶ Diese trägt maßgeblich dazu bei, dass das Spielfeld politischen Wettbewerbs³⁷ ein Gefälle zugunsten der tansanischen Regierungspartei aufweist: Der demokratische Wettbewerb wird dabei nicht durch offenen Wahlbetrug oder Repressionen unterdrückt, sondern mittelbar durch ungleiche Zugangschancen zu Ressourcen, Medien und rechtlichen Kontrollmöglichkeiten eingeengt. Dies ist kein neues Phänomen: Auch in der Vergangenheit wurden staatliche Einrichtungen, Angestellte, Liegenschaften und Fahrzeuge (zur Wählermobilisierung in ländlichen Regionen unverzichtbar) sowie staatliche und staatsnahe Medien zum eigenen Vorteil genutzt.³⁸ Verschwimmen die Konturen von Partei, Regierung und Staat, ist kein fairer Konkurrenzkampf möglich.

Einen privilegierten Zugang hatte die CCM in Person des Präsidenten auch zu Behörden, die für die Organisation der Wahl zuständig sind, womit, viertens, der Übergang zur Wahlmanipulation angezeigt ist. So besetzte Magufuli beispielsweise die Posten der höchsten Verwaltungsbeamten in den Wahlkreisen, die über die Zulassung von Kandidaten entscheiden und gesetzlich keiner

32 Vgl. Yonatan L. Morse, Party matters: the institutional origins of competitive hegemony in Tanzania, in: *Democratization*, 21. Jg. (2014), H. 4, S. 655 – 677.

33 Vgl. Jonas Ewald, a.a.O. (Fn. 16), S. 279, 344.

34 Jonas Ewald, a.a.O. (Fn. 16), S. 224; Dan Paget, The authoritarian origins of well-organized opposition parties: The rise of Chadema in Tanzania, in: *African Affairs*, 118. Jg. (2019), H. 473, S. 692 – 711, S. 706 ff.

35 Tanzania's president targets corruption with surprise visits and sackings, *The Guardian* online vom 8. Dezember 2015, <https://www.theguardian.com/global-development/2015/dec/08/tanzania-new-president-john-magufuli-targets-corruption-surprise-visits-sackings>; Magufuli defends big infrastructure projects, *The Citizen* online vom 5. September 2020, <https://www.thecitizen.co.tz/tanzania/news/magufuli-defends-big-infrastructure-projects-2715740>.

36 Weiterhin gehört zu den institutionellen Faktoren, die das elektorale CCM-Übergewicht erklären helfen, die starke Mehrheitswahlkomponente sowie die zeitliche Kombination von Parlaments- und Präsidentenwahl.

37 Vgl. konzeptionell Steven Levitsky / Lucan Way, Why Democracy Needs a Level Playing Field, in: *Journal of Democracy*, 21. Jg. (2010), H. 1, S. 57 – 68.

38 Siehe ebenda, S. 61; Jonas Ewald, a.a.O. (Fn. 16), S. 245.

Partei angehören dürfen, mit aktuellen und ehemaligen CCM-Politikern.³⁹ Mit deren Hilfe wurden 2020 etliche Mitglieder der Opposition nicht zur Wahl zugelassen und die Bevölkerung in deren Hochburgen bei der Wahlregistrierung behindert. In der Folge traten in 28 Wahlkreisen CCM-Kandidaten sogar konkurrenzlos an.⁴⁰ Nicht zuletzt spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle, dass der Präsident die Mitglieder der nationalen Wahlkommission ernennt, deren Entscheidungen nach der Verfassung überdies nicht gerichtlich überprüfbar sind. Gezielte Manipulationen des Wahlergebnisses sind zwar nicht nachweisbar (auch weil Wahlbeobachter der Opposition massiv behindert und internationale Beobachtermissionen der EU oder UN nicht eingeladen wurden), aber hochgradig wahrscheinlich angesichts großer Stimmenvorsprünge der CCM in bisherigen Oppositionshochburgen.⁴¹ Auch die Vorsitzenden der Oppositionsparteien Freeman Mbowe (CHADEMA), Zitto Kabwe (ACT-Wazalendo) und James Mbatia (NCCR-Mageuzi) verloren ihre (Wahlkreis-)Mandate.

Als ein letzter Grund für den überdeutlichen CCM-Wahlerfolg ist die vor und während der Wahlkampfphase erfolgte massive Einschüchterung und Drangsalierung der Opposition zu sehen.⁴² Führende Oppositionspolitiker wurden gewalttätig angegriffen (neben dem eingangs genannten Lissu betraf dies auch Freeman Mbowe im Juni 2020), mehrfach inhaftiert (etwa Zitto Kabwe) und mit Gerichtsverfahren überzogen. Schwerwiegend kommt hinzu, dass öffentliche Parteiveranstaltungen (jenseits des eigenen Wahlkreises) bereits zu Beginn der letzten Wahlperiode gesetzlich verboten wurden, so dass wenige Möglichkeiten der Wähleransprache und -mobilisierung blieben. Dies gilt auch für andere Kommunikationskanäle und Kontrollinstanzen. Regierungskritische NGOs und private Medien wurden aufgrund ihrer (zu) kritischen Berichterstattung verwarnt oder suspendiert.

Aus diesen Ausführungen ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Deutlichkeit der CCM-Dominanz eben nicht als Folge demokratischer Wahlen angesehen werden kann, sondern Ausdruck sowohl subtiler als auch massiver Wettbewerbseinschränkungen ist. Diese gab es auch vorher schon ebenso wie hohe Wahlsiege. Die Parlamentswahl 2020 ist aber vor dem Hintergrund des relativen Erstarkens der Opposition bei den vorangehenden Urnengängen zu sehen.⁴³ Dies hilft erklären, warum die oppositionelle Wettbewerbsfähigkeit jüngst in ungekanntem Ausmaß untergraben wurde und sich die autokratischen Züge des politischen Systems nochmals verstärkt haben.⁴⁴

³⁹ Vom Obersten Gerichtshof (High Court) wurde diese Praxis gerügt, da sie die Unabhängigkeit der lokalen Wahlbehörden unterminiert. Das höchste Berufungsgericht (Court of Appeal) nahm dieses Urteil aber wieder zurück. Vgl. Daniel El-Noshokaty, Tanzania vor den Wahlen, Konrad-Adenauer-Stiftung vom 27. Oktober 2020, <https://www.kas.de/de/länderberichte/detail/-/content/tansania-vor-den-wahlen>.

⁴⁰ Aggrey Mutambo, Tanzania elections: At-a-glance summary, The East African vom 28. Oktober 2020, <https://www.theeastafrican.co.ke/tea/news/east-africa/tanzania-elections-at-a-glance-summary-2723938>.

⁴¹ Vgl. Dan Paget, a.a.O. (Fn. 20), S. 65.

⁴² Vgl. zum Folgenden die im Oktober 2019 veröffentlichten Berichte von Human Rights Watch, „As Long as I am Quiet, I am Safe: Threats to Independent Media and Civil Society in Tanzania“, <https://www.hrw.org/report/2019/10/28/long-i-am-quiet-i-am-safe/threats-independent-media-and-civil-society-tanzania>, und Amnesty International, The price we pay: Targeted for dissent by the Tanzanian State, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr56/0301/2019/en/>.

⁴³ Ablesen lässt sich dies auch an den Präsidentschaftswahlen: Während die CCM 2005 mit 80,3 Prozent der Stimmen gewann, sank die Zustimmung 2010 auf 62,8 und fünf Jahre später nochmal auf 58,5 Prozent. Zum Vergleich: Der Stimmenanteil von CHADEMA stieg von 5,9 (2005) und 27,0 (2010) auf 40,0 Prozent im Jahre 2015. Daten nach <https://www.eisa.org/wep/tanelectarchive.htm>.

⁴⁴ Dan Paget, a.a.O. (Fn. 20), S. 68. Damit ist auch der Übergang zu einem nicht-kompetitiven Parteiensystem angezeigt. Vgl. etwa Giovanni Sartori, a.a.O. (Fn. 24), S. 230 ff.

Die „parlamentarischen“ Auswirkungen lassen sich in aller Kürze wie folgt bewerten: Deutlich eingeschränkt wird die verlässliche Erfüllung der parlamentarischen Responsivitätsfunktion⁴⁵, wenn der Informationsfluss in das politische Entscheidungssystem, der am besten aus allen Teilen der Gesellschaft erfolgen sollte, faktisch nur die Regierungspartei umfasst. Nichts anderes gilt für die gegenläufige, nach außen gerichtete Kommunikationsfunktion des Parlaments: Vielstimmig, nämlich inklusive einer starken Opposition, kann ein Parlament eher den Nachweis erbringen, dass man die Anliegen und Problemwahrnehmungen der Bevölkerung ernst nimmt (etwa in Parlamentsdebatten); wie auch generell eine größere Notwendigkeit besteht, die eigene Politik zu erläutern, wenn sie auch im Parlament selbst auf Widerspruch trifft.

Ebenso betroffen ist die Regierungskontrolle durch die Nationalversammlung. Unabhängig von der typologischen Einordnung des Regierungssystems kommt die parlamentarische Kontrollfunktion nicht zur vollen Entfaltung, wenn sie hauptsächlich oder ausschließlich von der regierungsstützenden Partei wahrgenommen wird.⁴⁶ Eine vitale Opposition kann parlamentarische Kontrollinstrumente (wie Fragerechte) eigenständig nutzen, um Transparenz herzustellen und die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.⁴⁷ Gemäß dem Prinzip „Konkurrenz belebt das Geschäft“ steigert sie überdies das rationale Interesse der Parlamentsmehrheit, der von der eigenen Partei gestellten Exekutive auf die Finger zu schauen. Jenes Interesse ist bei manchem Abgeordneten gewiss auch weniger ausgeprägt angesichts der Patronagemacht im Präsidentenamt und der Zugehörigkeit zur Regierung (Kompatibilität von Mandat und Amt). Vor diesem Hintergrund ist die Annahme, dass auch Kontrollpotential durch konkurrierende Gruppen innerhalb der CCM-Fraktion besteht, nur ein schwacher Trost. Insgesamt geht mit dem Fehlen einer wirksamen Opposition eine institutionelle Schwächung des Parlaments einher. Ohne umfassenden parlamentarischen Meinungsstreit leidet sowohl die Input- als auch die Output-Legitimität staatlicher Willensbildung.

Es liegt auf der Hand, dass unter den gegebenen Umständen weniger als je zuvor mit einem Ende der Einparteiendominanz in absehbarer Zeit zu rechnen ist. Da den anderen Parteien aufgrund der verminderten parlamentarischen Präsenz finanzielle Ressourcen, Kommunikationsmittel und Repräsentationskanäle fehlen, sind Wahlerfolge aus eigener Kraft jedenfalls schwerer zu erzielen – selbst bei einem Ausbleiben weiterer Repressionen.

Ausblick: Wandel und Kontinuität unter der neuen Präsidentin

Die aus der Wahl 2020 resultierende Minimierung der parlamentarischen Opposition dürfte die ohnehin schon bestehende Fokussierung auf das Präsidentenamt weiter verstärken. Auch wenn die Mehrheit der CCM erdrückend ist, sollte dem Parlament als Institution aber mehr Interesse entgegengebracht werden. Dies gilt gerade angesichts der Amtsübernahme Samia Suluhu Hassans, die – trotz ihres Status als ehemalige Vizepräsidentin – nicht zum engsten Kreis um Magufuli und auch nicht zur Gruppe seiner innerparteilichen Anhänger gehörte.⁴⁸ Welche Entwicklung die tansanische Politik unter diesen Rahmenbedingungen nehmen wird, bleibt offen.

⁴⁵ Vgl. als instruktiven Überblick zur Kategorisierung von Parlamentsfunktionen: Werner J. Patzelt, *Parlamente und ihre Funktionen*, in: ders. (Hrsg.): *Parlamente und ihre Funktionen*, Wiesbaden 2003, S. 13 – 49.

⁴⁶ Positiv zu vermerken ist, dass der Konvention, den Vorsitz einiger Kontrollausschüsse an die Opposition zu vergeben, offenbar weiterhin nachgekommen wird. Dem Public Accounts Committee und dem Local Authorities Accounts Committee stehen mit Naghenjwa Kaboyoka und Grace Tendega zwei Abgeordnete der CHADEMA-Frauenliste vor (vgl. <https://www.parliament.go.tz/committee-composition-list>), deren Bestätigung seitens der Partei allerdings strittig war (siehe oben).

⁴⁷ Es war auch die parlamentarische Opposition, die die Aufdeckung und Aufklärung des oben beschriebenen Korruptionsfalls um die Tanzania Electric Supply Company (TANESCO) ins Rollen brachte. Vgl. Jonas Ewald, a.a.O. (Fn. 16), S. 151 f.

⁴⁸ Vgl. *Tanzania's new president surely can't be worse than the old one*, in: *The Economist* vom 3. April 2021.

Einerseits sprechen einige Indizien dafür, dass ein deutlicher Wandel im Vergleich zur Politik ihres Vorgängers eingeleitet wurde oder jedenfalls möglich ist. Am deutlichsten zeigt dies der Kurswechsel beim Umgang mit der Covid-19-Pandemie, zu deren Bekämpfung die neue Präsidentin frühzeitig ein Expertenkomitee einsetzte und große Offenheit für die international favorisierten Eindämmungsmaßnahmen (Impfungen, Veröffentlichung von Fallzahlen etc.) bekundete.⁴⁹ Ermutigend erscheint zudem, dass der unter Magufuli geplante Rückzug aus dem Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshof, der die Einhaltung der Afrikanischen Menschenrechtskonvention überwacht, gestoppt wurde.⁵⁰ Auch in ihrem Regierungsstil weicht die Präsidentin von der konfrontativen Herangehensweise ihres Vorgängers ab: In ihrer ersten Parlamentsansprache stellte sie die Bedeutung der unter Magufuli stark beschränkten Pressefreiheit heraus und unterbreitete den parlamentarisch kaum vertretenen Oppositionsparteien Gesprächsangebote.⁵¹

Andererseits sind jüngst an die Magufuli-Ära erinnernde Repressionen sichtbar geworden: Selbst eine Lokalzeitung, an der die CCM beteiligt ist (Uhuru), wurde kürzlich vorübergehend wegen der Meldung suspendiert, die Präsidentin plane keine zweite Amtszeit.⁵² Aufsehen erregte vor allem die Verhaftung des CHADEMA-Vorsitzenden Freeman Mbowe kurz vor Beginn eines parteiinternen Diskussionsforums für eine mögliche Verfassungsreform, wobei der zunächst angeführte Grund – Verstöße gegen Corona-Auflagen – schnell um den Vorwurf terroristischer Umtriebe erweitert wurde.⁵³ Unklar ist, inwiefern das staatliche Vorgehen in beiden Fällen von Samia Suluhu Hassan nur hingenommen oder aktiv gesteuert wurde. Generell ist zu bedenken, dass ihr bislang eine eigene Machtbasis innerhalb der CCM fehlte und auch formal starke Amtsinhaber (potenzielle) Gegenkräfte in den eigenen Reihen bei der Stange halten müssen (etwa durch auf die Kolonialzeit und die Praxis europäischer Besatzer zurückgehende Mechanismen der Kooptation). Vom politischen Kurs Magufulis kann die neue Präsidentin daher nicht zu schnell zu stark abweichen.

Zur Zurückhaltung mahnt auch der Umstand, dass der institutionelle Rahmen, in dem ihr Vorgänger (repressiv) wirken konnte, unverändert geblieben ist. Akteure mögen in ihrem Handeln vertrauenswürdig erscheinen. Institutionelle Regelsysteme können aber dafür sorgen, dass man nicht nur auf Vertrauenswürdigkeit setzen muss. Als ein wichtiger demokratischer Lackmustest, der auf die höchsten sanktionsbewehrten Spielregeln zur Begrenzung von Machtansprüchen ausgerichtet ist, erscheint der von den Oppositionsparteien schon lange geforderte Verfas-

⁴⁹ Vgl. Tom Odula, Tanzania experts suggest overhaul of COVID-19 denial policy, Associated Press News online vom 18. Mai 2021, <https://apnews.com/article/tanzania-africa-coronavirus-pandemic-health-9c9c9473ce9e0e6d103f4eb1e558e20a>.

⁵⁰ Vgl. Luke Anami, Tanzania reverses decision to withdraw from the African Court, The East African online vom 27. Mai 2021, <https://www.theeastafrican.co.ke/tea/news/east-africa/tanzania-reverses-decision-to-withdraw-from-the-african-court-3415592>.

⁵¹ Vgl. Tanzania's new president Samia Suluhu reaches out to opposition, The East African online vom 23. April 2021, <https://www.theeastafrican.co.ke/tea/news/east-africa/tanzania-new-president-samia-suluhu-reaches-out-to-opposition-3373508>.

⁵² Vgl. CCM Denies Uhuru Newspaper Headline, Editors to Face Action, AllAfrica vom 11. August 2021, <https://allafrica.com/stories/202108110863.html>.

⁵³ Vgl. Aggrey Mutambo, Constitutional question brings out Magufuli in President Samia Suluhu, The East African vom 22. Juli 2021, <https://www.theeastafrican.co.ke/tea/news/east-africa/constitutional-question-tanzania-3482520>.

sungsreformprozess.⁵⁴ Mit der Verhaftung Mbowes sollte diesem aber offenbar symbolisch und praktisch Einhalt geboten werden. Skepsis ist auch angebracht angesichts der Äußerungen der Präsidentin, dass die wirtschaftliche Entwicklung Priorität habe und konstitutionelle Fragen erst danach anzugehen seien.⁵⁵ Im Lichte des oben Geschilderten wäre es dabei vordringlich, eine von der Exekutive unabhängige Wahlkommission einzurichten und generell die enorme Macht des Präsidentenamtes zu beschneiden. Dies könnte auch dazu beitragen, dass – dem Plädoyer dieses Blickpunktes folgend – dem Parlament mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

54 Ein solcher war schon während der zweiten Amtszeit Jakaya Kikwetes (2010–2015) eingeleitet worden. Die von einer Reformkommission erarbeiteten, auch die Präsidentenmacht antastenden Entwürfe entschärfte die CCM allerdings in der von ihr dominierten verfassungsgebenden Versammlung. Vizevorsitzende dieses Gremiums war im Übrigen Samia Suluhu Hassan. Vgl. Juliana Masabo / Ulrike Wanitzek, Constitutional Reform in Tanzania – Developing Process and Preliminary Results, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 48. Jg. (2015), H. 3, S. 329 – 368, S. 339, S. 363. Weitergeführt bzw. durch ein Referendum abgeschlossen wurde der Verfassungsreformprozess seinerzeit aber nicht.

55 Vgl. Charles Kombe, Tanzanian Opposition, Activists Demands Constitutional Changes, *Voice of America News* vom 1. Juli 2021, <https://www.voanews.com/africa/tanzanian-opposition-activists-demands-constitutional-changes>.

Autor



Dr. Danny Schindler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parlamentarismusforschung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Instituts für Parlamentarismusforschung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

DOI: 10.36206/BP2021.04

Herausgeber
iparl
Institut für
Parlamentarismus-
forschung

Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de
@i_parl

www.iparl.de



STIFTUNG
Eine Einrichtung der Wissenschaft &
Demokratie

